



KONZEPTPAPIER

INNOVATIONSTREIBERIN INDUSTRIE

Fortschritt mit Tradition



INNOVATIONSTREIBERIN INDUSTRIE: FORTSCHRITT MIT TRADITION

INHALT

Kurzüberblick bayerische Industriestruktur	2
Innovationstreiberin Industrie: Fortschritt mit Tradition	2
Optimale politische Rahmenbedingungen	4
Sichere und saubere Energie für die Industrie	6
Ressourceneffizienz, Recycling und regionale Wertschöpfung	8
Fachkräfte für die bayerische Industrie	10
Digitale Infrastruktur für die Industrie	12
Innovations sprünge für die bayerische Industrie fördern	14

Kurzüberblick bayerische Industriestruktur

Im bayerischen Verarbeitenden Gewerbe waren im vergangenen Jahr rund 1,3 Mio. Beschäftigte in nahezu 8.000 kleinen, mittleren und großen Betrieben mit einem Gesamtumsatz von 350 Mrd. Euro beschäftigt. Mit einem Anteil von 53,5 % an im Ausland erwirtschafteten Umsätzen zeigt sich eine große **internationale Wettbewerbsposition** des Verarbeitenden Gewerbes, das zeugt aber auch von einer großen Abhängigkeit vom Ausland. Ein Großteil der Betriebe – ein **Anteil von 87,7 %** – zählt zu den **kleinen und mittleren Unternehmen** (<250 Beschäftigte). Im Jahr 2020 erwirtschafteten diese mit 35,0 % der Beschäftigten (2019: 34,0 %) 25,3 % der Umsatzerlöse (2019: 24,1 %).

Der **Maschinenbau** stellte im Jahr 2020 mit 17,5 % (2019: 17,8 %) erneut den Wirtschaftsbereich mit dem größten Beschäftigtenanteil, gefolgt von der **Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen** mit 15,7 % (2019: 15,5 %), der Herstellung von **Nahrungs- und Futtermitteln** mit 8,9 % (2019: 8,8 %) und der Herstellung von **elektrischen Ausrüstungen** mit 8,4 % (2019: 8,4 %).

Beim Umsatz wird die große Bedeutung der Branche der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen mit 29,3 % (2019: 30,5 %) deutlich. Der Maschinenbau belegte, wie auch im Jahr 2019, mit einem Anteil von 14,3 % in Bayern (2019: 14,2 %) den zweiten Platz; gefolgt von der Herstellung von EDV-Erzeugnissen mit 8,1 % (2019: 8,5 %) und der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln mit 7,8 % (2019: 7,1 %).

Mehr als die Hälfte der Sektoren im bayerischen Verarbeitenden Gewerbe ist im forschungsintensiven Bereich aktiv (Beschäftigungsanteil: 50,6 %; Umsatzanteil: 60,9 %). Im gesamtdeutschen Durchschnitt sind mehr als die Hälfte der Beschäftigten in der **nicht-forschungsintensiven Industrie** tätig (54,1 %). Hier zeigt sich die Stärke der forschungsintensiven Unternehmen im Freistaat.¹⁰

Innovationstreiberin Industrie: Fortschritt mit Tradition

Bayern hat sich innerhalb des letzten Jahrhunderts von einem agrarisch geprägten Land zu einem der stärksten Industriestandorte der Welt entwickelt. Früher war der Standortfaktor für Industrieansiedlungen

billige Arbeitskräfte, heute ringen die Betriebe um hochqualifizierte Top-Spezialist*innen aus Hochschulen oder Ausbildungsstätten im In- und Ausland. Die vielfältigen und starken Industriebetriebe, die überwiegend mit weniger als 250 Beschäftigten wirtschaften, schätzen das produktive Unternehmensumfeld.

Wo einst vor allem Grundstoffe wie Eisen oder Papier produziert wurden, werden heute technologisch hochwertige Produkte wie Maschinenbau-Teile, Biokunststoffe oder Elektronik-Komponenten gefertigt. Wo in früheren Zeiten schwere Handarbeit gefragt war, erleichtern heute Automatisierungsprozesse und Robotik die Produktion. Wo früher in der Glasproduktion der Schmelzofen mit Kohle befeuert wurde, läuft die Elektroschmelzwanne bald mit Windstrom. Innovationsgeist und Veränderungsbereitschaft haben zu mehr Effizienz, besseren Arbeitsbedingungen und mehr Wohlstand für ganz Bayern geführt.

Die Leitlinie ist also nicht neu: Veränderung und Dynamik bestimmen wirtschaftliche Stärke. Modernisieren und unternehmerischer Mut bedeuten stark bleiben. Der Fortschrittswille der Wirtschaft hat in Bayern Tradition. Mit dem Blick auf die Zukunft heißt das: Neue wirtschaftliche Marktführerschaft gibt es nur klimaneutral. Jedes Zehntel Grad weniger Erderwärmung hilft!

Es liegt noch viel Strecke vor uns. Zumal zuletzt mit Corona und Russlands Krieg gegen die Ukraine zwei Krisenereignisse die Verletzlichkeit und Abhängigkeit unserer Industrie offengelegt haben: Lieferketten brechen zusammen, Chipmangel führt zu Produktionsstopps, Preise für Öl und Gas explodieren. Echte Versorgungssicherheit bedeutet, autarker zu sein und benötigte Energie in Europa möglichst selbst zu produzieren. Sicher, frei, klimaneutral: Eigenerzeugte Erneuerbare Energie ist ein Schlüssel, ein weiterer die Effizienzsteigerung industrieller Prozesse. Lieferketten in/über demokratische Staaten sind ebenfalls ein Stabilitätsfaktor. Eine resilientere und energiesouveräne Industrie ist deshalb unser politischer Anspruch.

Bayerns Industrie hat über die Jahrzehnte bewiesen, dass sie eine echte Innovationstreiberin ist. Heute schaffen die industriell geprägten Wirtschaftsbranchen Halt für uns alle. Sie schaffen für 1,3 Mio. Menschen gute Arbeitsplätze, entwickeln und produzieren hochwertige Waren, die in Bayern und der Welt tagtäglich benötigt werden. Zusammen mit ihrem Netzwerk aus Zulieferern und Dienstleistern ist die Industrie eine tragende Säule der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Bayerns. Damit sie auch in 10 Jahren und darüber hinaus Eckpfeiler unserer Wirtschaftsstärke am Standort Bayern sein können, werden die Betriebe sich verändern müssen. Das weiß die Industrie. Wir begleiten und unterstützen sie dabei.

Unseren künftigen Wohlstand gründen wir auf neuen Entwicklungen der Industrie, auf einer anpackenden Bevölkerung und auf vorausschauenden politischen Rahmenbedingungen. Wir ermutigen zu Investitionen, stellen zeitgemäße Infrastruktur und halten damit alle notwendigen unternehmerischen Freiheiten offen. Wir lassen Raum für Innovationen. Gleichzeitig zeigen wir klare Ziele und Wege zur Klimaneutralität auf, die Sicherheit und Planbarkeit für Beschäftigte, Unternehmensführungen und getätigte Investitionen bieten. Wir wollen Firmen jeder Größe dabei unterstützen, ihre gesamte Wertschöpfungskette von der Rohstoffgewinnung und -erzeugung bis zur Nutzung und Entsorgung der eigenen Produkte klimaneutral umzustellen.

Vernünftig und sauber wirtschaften – da wollen wir gemeinsam hin. Unsere Industrie ist reich an Ideen. Mit diesem kreativen Kapital hat die bayerische Industrie beste Voraussetzungen, auch künftig auf Top-Niveau zu produzieren. Dann sind die Wettbewerbsvorteile und der Wohlstand von morgen unser aller Profit. Wer kann das schaffen, wenn nicht die bayerische Industrie? Der Fortschritt liegt in unseren Wurzeln.

Optimale politische Rahmenbedingungen

Bayern ist Industrieland – weit über eine Million Arbeitsplätze hängen daran. Die Industrie steht vor enormen Herausforderungen angesichts der notwendigen Transformation hin zu digitalem und klimaneutralem Wirtschaften. Um harte Strukturbrüche zu vermeiden und diese Arbeitsplätze zukünftig zu erhalten, muss die Transformation durch frühzeitige und optimale staatliche Rahmenbedingungen begleitet werden. Es ist das Ziel der GRÜNEN in Bayern, mit passgenauen Rahmenbedingungen auf der Höhe der Zeit Industrieunternehmen dabei zu unterstützen, ihren Wohlstand und ihre Wirtschaftskraft zu entfalten und bei der sozial-ökologischen Transformation voranzugehen.

Wir GRÜNE betrachten es als Aufgabe der Politik, den Wirtschaftsstandort Bayern zu einem Klimastandort machen. Dazu braucht es staatliche Investitionen in einen **Ausbau und die Modernisierung unserer Infrastruktur** – für Klimaschutz, Verkehrs- und Energiewende. Eine Studie im Auftrag der Agora Energiewende beziffert den öffentlichen Finanzbedarf auf 460 Mrd. Euro bis 2030 – öffentliche Klimainvestitionen auf Ebene der Länder und Kommunen werden hierbei auf 170 Mrd. Euro geschätzt.¹ Wir GRÜNE möchten Bayerns Transformation mit der Klimamilliarde unterstützen – rund 1 Mrd. EUR jährlich bis 2030². Unsere Industrielandschaft in Bayern profitiert unmittelbar von einer modernen und klimafreundlichen Infrastruktur, z.B. im Verkehrssystem, der Digitalisierung oder in der Energiewirtschaft. Außerdem sind öffentliche Investitionen oftmals Grundlage und Voraussetzung dafür, dass private Klimainvestitionen der Wirtschaft nachziehen und die Transformation somit an Dynamik gewinnt. Mehr noch: Für CO₂-neutrale Wertschöpfungsketten, die letztlich die Zukunft der bayerischen Industrie sichern, brauchen wir ein **Fifty-Fifty-Agreement zwischen Staat und Unternehmen**. Der Staat stellt mit einer gelingenden Energiewende die klimaneutrale Energieversorgung sicher und trägt so dazu bei, den Treibhausgasausstoß der Industrie-Produktion um bis zu 40 Prozent zu senken. Mit einer gelingenden Mobilitätswende und der Umstellung auf CO₂-neutralen Güter- und Personenverkehr werden weitere 15 Prozent CO₂-Emissionen der Industrie eingespart (Gütertransport, Pendelverkehr Mitarbeiter*innen). Die dann noch fehlende Hälfte zur Realisierung treibhausgasneutraler Wertschöpfungsketten leistet die Industrie über die sukzessive Senkung des CO₂-Fußabdrucks ihrer eingesetzten Rohstoffe und Vorprodukte (auch durch regionale Wertschöpfungsnetzwerke, Upcycling, Recycling) und durch CO₂-Optimierung ihrer Prozesse. **Wenn zwei sich entgegengemessen, wird der Weg für beide kürzer.**

Neben einer zukunftsgerichteten Infrastrukturpolitik in Bayern braucht es außerdem zielgerichtete, **staatliche Investitionen in den ökologischen Umbau unserer Industrie**: Eine Studie des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. kommt zu dem Schluss, dass für den klimaneutralen Umbau der Industrie von 2021 bis 2030 sechs bis acht Milliarden Euro notwendig sind.³ Die bereits genannte Studie im Auftrag der Agora Energiewende beziffert den spezifischen Förderanteil für die Transformation der Industrie deutlich höher, nämlich auf insgesamt 25 Mrd. EUR.⁴ Der Freistaat ist der wichtigste Industriestandort Deutschlands – es kommt also vor allem darauf an, dass die ökologische Transformation bei uns in Bayern bestmöglich gelingt. Deswegen sind wir GRÜNE überzeugt, dass wir in Bayern zusätzlich zum Bund Anstrengungen unternehmen müssen. Ein **zentraler Hebel hierfür ist die bayerische Wirtschaftsförderung – diese umfasst jährlich circa eine Milliarde Euro**. Die Programme sind bislang nicht konsequent auf ihre nachhaltige Wirkkraft und die ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Industrie ausgerichtet. Wir GRÜNE möchten das ändern: **klimafreundliche Geschäftsmodelle sind als verbindliche Leitlinie in den bayerischen Förderprogrammen zu verankern** und diese verlässlich und stärker zu fördern. Darüber hinaus müssen diese staatlichen Förderprogramme für bayerische Unternehmen einfach und unkompliziert zugänglich sein – auch hier ist noch einiges zu tun: die Förderprogramme umfassen Zuschüsse, Darlehen, Zinsverbilligungen oder Unterstützung von Forschungs Kooperationen. Fast jedes Jahr kommt ein neues Förderprogramm hinzu, ohne dass eine kontinuierliche Evaluation über Wirksamkeit und eventuelle Zielkonflikte stattfindet. Die Fördermöglichkeiten sind mittlerweile so vielfältig, sodass man sie kaum mehr versteht. Insbesondere die vielen kleineren und mittelgroßen Industriebetriebe

oder Kommunen, die ihre Betriebe unterstützen wollen, können sich ohne professionelle Unterstützung kaum einen Überblick verschaffen. Wir GRÜNE fordern deshalb, 2022 eine grundsätzliche **Evaluation aller Förderprogramme und -maßnahmen** durchzuführen, um einerseits eine deutliche **Verschlanung und mehr Transparenz** zu erreichen und andererseits eine konsequente Ausrichtung auf nachhaltige Wirkkraft und die ökologische Transformation zu erreichen. Ziel muss es sein, bayerischen Unternehmen einen einfacheren, unkomplizierten Zugang zu Förderprogrammen zu ermöglichen, träge Entscheidungsprozesse zu beseitigen und so das Innovationstempo der bayerischen Industrie zu erhöhen.

Die Finanzierung der Transformation kann zudem ohne **strukturelle Änderungen im Staatshaushalt** nicht gelingen. Staatliche Ausgaben müssen daher eine andere Richtung bekommen: Alle Ausgaben des Staates für Investitionen, aber auch konsumtive Ausgaben müssen auf ihre Klima- und Umweltwirkung überprüft werden. Ausgaben für die Wirtschaftsförderung und Standortmarketing müssen sich am Klimaziel messen lassen. Bei der Förderung ansiedlungswilliger Unternehmen müssen Nachhaltigkeit und perspektivische Klimaneutralität klare Prämisse sein. Wir GRÜNE sprechen uns außerdem dafür aus, **Subventionen in umwelt- und klimaschädliche Produktionsweisen, Produkte und Infrastrukturen konsequent abzubauen**, da diese den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Industrie untergraben und den Wettbewerb zulasten klimafreundlicher Alternativen verzerren.

Neben dem Staatshaushalt sind ein weiterer zentraler Hebel, um bayerisches Wirtschaften nachhaltiger zu gestalten, die **bayerischen Finanzanlagen** (Wertpapiere und vergleichbare Kapitalmarktinstrumente). Wir GRÜNE wollen, dass die Bayerische Staatsregierung im Rahmen einer **Divestment-Strategie** eine Vorbild-Rolle einnimmt und Verantwortung für das Pensionsvermögen, das Vermögen der Beteiligungsunternehmen und der Landesstiftungen übernimmt. Das sog. Divestment würde den strategischen Rückzug aus klimaschädlichen, ausbeuterischen und kriegsfördernden Investitionen bedeuten – dies ist längst überfällig. Die enorme Lenkungswirkung des bayerischen Staatskapitals – wohlgerne Steuergelder – sollte für die ökologische Transformation eingesetzt werden statt dieser entgegenwirken. Dies soll verbindlich in einem **Gesetz zur Nachhaltigkeit der Finanzanlagen in Bayern** festgeschrieben werden – damit verpflichtet sich der Freistaat, bei sämtlichen Finanzanlagen künftig Nachhaltigkeit neben den bisherigen Anlagegrundsätzen Sicherheit, Rendite und Liquidität als verbindliches Kriterium zu berücksichtigen. Durch diese Umschichtung werden Unternehmen, die klimaschädliche Strategien verfolgen, nicht mehr durch bayerische Staatsgelder am Kapitalmarkt unterstützt. Im Gegenzug wird nachhaltigen Unternehmen und Geschäftsmodellen neues Kapital zur Verfügung gestellt.

Pro Jahr erteilen Bund, Länder und Kommunen in Deutschland Aufträge in Höhe von 350 bis 500 Mrd. Euro. Davon entfallen ca. 50% auf die Kommunen. Dies umfasst die Beschaffung von Sachgütern, Dienstleistungen und Bauleistungen. Die öffentliche Hand hat durch ihre Einkaufs- und Vergabep Praxis dementsprechend eine enorme Wirtschaftskraft und großen Einfluss auf Produkte, die am Markt angeboten werden. Wir GRÜNE möchten in Bayern ein **Gesetz für die nachhaltige Beschaffung und Auftragsvergabe** einführen. Ziel des Gesetzes ist es, klare Standards für soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit in der öffentlichen Auftragsvergabe zu entwickeln und konsequent anzuwenden. Für die Industrie bedeutet ein solches Gesetz, dass z.B. für die öffentliche Beschaffung von Baugrundstoffen diese Nachhaltigkeitskriterien greifen und der Freistaat so einen **sicheren Absatzmarkt für nachhaltige Industrieprodukte** etabliert. Ein wichtiger Baustein ist außerdem nachhaltige IT – diese umfasst nicht nur Hardware, sondern auch die eingesetzte Software. Besonders bei der Entwicklung von Künstliche-Intelligenz-(KI)-Systemen und Block-Chain-Technologie müssen die ökologischen Aspekte bereits in der Entwicklungsphase beachtet werden. Der Freistaat sollte als gutes Beispiel vorangehen und eine eigene **Green-IT-Landesstrategie** aufsetzen. Auch hier kann der Freistaat als großer Auftraggeber bei der Beschaffung entsprechende Vorgaben setzen und den Weg ebnen.

Die vergangenen zwei Jahre haben demonstriert, dass in Bayern und Deutschland der Staat nicht zeitgemäß arbeitet: Bürokratische Verfahren kosten zu viel Zeit, Geld und Ressourcen von Unternehmen. Darunter leidet auch die Standortqualität: einer Befragung im Auftrag der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) zufolge sehen die Unternehmen die Verwaltungsabläufe im Freistaat hierbei am kritischsten.⁵ Neue Gesetze auf Landesebene sollen deshalb vor Inkrafttreten einem **Bürokratieabbau-Praxis-Check** unterzogen werden. So können unnötige und unverhältnismäßige Belastungen vermieden oder reduziert werden. Außerdem fordern wir GRÜNE einen deutlich beschleunigten **Ausbau aller E-Government-Verfahren und eine pragmatische E-Verwaltung**. Wir wollen, dass die gesamte Kommunikation mit Behörden einfach und digital stattfinden kann – und zwar für alle Menschen. Deshalb ist insbesondere Barrierefreiheit bei der Weiterentwicklung und beim Ausbau der digitalen Verwaltung konsequent mitzudenken. Förderungen durch den Freistaat sollen schnell und digital beantragt werden können. Genehmigungsbehörden sollen dann innerhalb kurzer Fristen darüber entscheiden.

Sichere und saubere Energie für die Industrie

Die Entwicklung der Energiepreise besorgt die bayerische Industrie: 83 Prozent der Unternehmen zählten sie schon vor Russlands Krieg in der Ukraine zu den größten Risikofaktoren für die Wirtschaft – so eine Umfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertags (BIHK).⁶ Heute ist klar: Eine stabile Energieversorgung aus stabilen, dezentralen Quellen ist die Pflichtaufgabe des 21. Jahrhunderts. Wir müssen Abhängigkeiten von autokratischen Staaten schnellstmöglich durch eine größtmögliche Diversifizierung abbauen und uns mit noch mehr Tempo auf Sonne und Wind konzentrieren. Wind und Sonne können nicht von Diktatoren vereinnahmt werden, Wind und Sonne gehören niemanden, sie sind für uns alle da! Eine vernünftige, vorausschauende Energiepolitik ist Sicherheitspolitik ist Industriepolitik. Sie ist von nationalem Interesse, ist Ausdruck unserer demokratischen Werte und sichert unseren Wohlstand. Diesen Wohlstand erhalten wir nur mit Erneuerbaren Energien – sicher, frei, klimaneutral.

Günstige Strompreise, heimischer grüner Wasserstoff, schadstofffreie Mobilität, und Prozesswärme im Überfluss: Das alles gibt es mit einem massiven Ausbau von Wind und Sonne. Die neue Bundesregierung hat mit ihrem Ausbauziel, **80% Erneuerbare Energien bis 2030**, den Rahmen gesteckt. Wenn sich Bayern auf diese Ziele nicht umgehend einstellt, wird der Freistaat als wichtiger Industriestandort gefährdet. Mit Wind und Sonne und dem Ausbau von Stromspeicherkapazitäten tragen wir dazu bei, dass unsere Industriebetriebe in Zukunft 100 Prozent CO₂-neutrale Energie nutzen und mit klimafreundlichen Wertschöpfungsketten wettbewerbsfähig bleiben. Der bayerischen Abhängigkeit und dem drohenden Abreißen von russischen Gaslieferungen begegnen wir im Sinne der Sektorenkopplung mit einer möglichst raschen Umstellung von Produktionsprozessen auf erneuerbaren Strom, damit Gas künftig nicht mehr verfeuert wird, sondern in ausreichendem Maße in die stoffliche industrielle Anwendung fließen kann. Damit Unternehmen die gewaltigen Investitionen in neue Produktionsstandards planungssicher und verlässlich, also mit gutem Gewissen getätigt werden können, arbeiten wir auf Bundesebene mit Hochdruck an der Einführung von **Carbon Contracts for Difference**.

Weg von Gas, hin zu Sonne und Wind: Das eröffnet geopolitisch neue Handlungsspielräume zur Verteidigung unserer demokratischen Werte und bietet zugleich neue Wege für die bayerische (Export-)Industrie. Schließlich schaffen wir regionale Wertschöpfung auf dem Weltmarkt der neuen Klimatechnologien auch nur dann, wenn der Heimatmarkt floriert. Unabhängig vom Exportanteil war die Solarindustrie in Deutschland beispielsweise nur dann stark, wenn die Ausbautzahlen in Deutschland hoch waren.

Eine zu 100 Prozent klimaneutrale Energieversorgung ist damit das Fundament einer zukunftssicheren Industriepolitik. Eine tragende Säule ist der forcierte Windkraftausbau in Bayern mit heimischer Wertschöpfung zur langfristigen Stärkung der erneuerbaren Energieerzeugung für unsere Industrie.

Deshalb muss die **10H-Regelung**, welche durch Abstandsregelungen den Windkraftausbau in Bayern zum Erliegen gebracht hat, umgehend gestrichen werden. Stattdessen fordern wir einen gesteuerten Ausbau auf **zwei Prozent der Landesflächen**. Die Träger der **Regionalplanung müssen personell und finanziell umgehend so gestärkt werden**, dass sie eine umwelt- und naturfreundliche Flächenausweisung vornehmen können. Wir wollen es den Regionalen Planungsverbänden ermöglichen, die direkte Zusammenarbeit mit den Industrieunternehmen aufzunehmen, um die Energieerzeugung möglichst verbrauchsnahe an den Industriestandorten aufzubauen. Die von staatlicher Seite bereitgestellten Flächen für selbsterzeugten grünen Industriestrom sind die Grundlage für günstige Industriestrompreise. Für eine Beschleunigung beim Windausbau wollen wir ein **Netzwerk von Expert*innen über das gesamte Land** spannen und in den Genehmigungsbehörden einsetzen. **Mediatoren-Teams** sollen bei Akzeptanzproblemen bayernweit eingreifen. Von der Idee bis zum Anschluss eines neuen Windrades vergehen oftmals 5 Jahre und mehr. Wir wollen die komplette Genehmigungs- und Bauphase auf maximal ein Jahr verkürzen, soweit naturschutzfachliche Belange dies zulassen.

Viele industrielle Prozesse erzeugen Unmengen an Wärme, die oft leider ungenutzt verpuffen. Wir machen daraus ein Geschäftsmodell für unsere Industrie: Mit einem modernen ordnungspolitischen Rahmen wollen wir einen **Einspeisevorrang für überschüssige Wärme** in öffentliche Wärmenetze schaffen. In die nötige Infrastruktur werden wir jährlich bis zu **100 Millionen Euro** investieren. Es entsteht eine Win-Win-Win-Situation: Unternehmen profitieren finanziell vom Wärmeabsatz, Privathaushalte heizen gewissermaßen per Abfallprodukt und die Abhängigkeit von fossilem Gas und Öl sinkt.

Das Grün geführte Bundeswirtschaftsministerium pusht die großen Photovoltaik-Dachanlagen, die besonders für die Industrie interessant sind. **Die Vergütung für sauberen Sonnenstrom wird verdoppelt** und bürokratische Hürden abgebaut. So schafft jeder Quadratmeter Dach- und Fassadenfläche eine neue Einkommensquelle für Unternehmen. Die Solarpflicht für gewerbliche Neubauten wird damit ein faires Rendite-Projekt. Der Freistaat muss hier mitziehen und die **einschlägigen Bauvorgaben und Brandschutzbestimmungen novellieren**.

Sektorenkopplung, Wärmenetze, EE-Ausbau: Koordinierend wollen wir ein dichtes Netz an **Energieagenturen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten** schaffen – als erste Anlaufstelle für Kommune, Wirtschaft, Industrie und alle Bürger*innen. Neben dem konzertierten Ausbau der klimafreundlichen Infrastruktur können darüber hinaus Kontakte hergestellt werden, damit sich Bürger*innen finanziell an diesen Industrieprojekten beteiligen können. Was bei der Windkraft und den Energiegenossenschaften vor 10H gut gelaufen ist, könnte auch hier ein **sinnvolles Modell der Kapitalbeschaffung** sein: Durch finanzielle Bürgerbeteiligung kann privates Kapital mobilisiert und die Akzeptanz für größere Solarprojekte und Hochöfen deutlich gehoben werden. Lokale **Grüne Bürgeranleihen**, die z. B. von den örtlichen Banken und Sparkassen ausgegeben und verwaltet werden, können die Finanzierung solcher Vorhaben beschleunigen und gleichzeitig als renditestarke Geldanlagen in Niedrigzinszeiten und zur privaten Altersvorsorge dienen. Das fördert Teilhabe und Akzeptanz, stärkt lokale Bindungen und verschafft beteiligten Bürger*innen ein Zinsplus. Und für alle Projekte, die zusätzlich einen staatlichen Anschlag benötigen, machen wir die bayerische Förderlandschaft klimafreundlich und einfacher.

Generell wollen wir für die **Genehmigung und den Anschluss aller Erneuerbaren-Energie-Anlagen das Prinzip des „One-Stop-Shops“** einführen, also alle notwendigen bürokratischen Schritte an einer Stelle bei der jeweiligen Genehmigungsbehörde im Landratsamt bzw. im Rathaus oder der regionalen Energieagentur zu bündeln. Damit reduzieren wir den bürokratischen Aufwand auch für Unternehmen, die zwar gerne sauberen Strom produzieren wollen, aber keine Kapazitäten für die langwierigen Genehmigungs- und Anschlussprozesse haben.

Damit die Energie verlässlich und sicher zu jeder Sekunde fließt, brauchen wir eine Beschleunigung beim Ausbau der großen Stromübertragungsleitungen. Die Staatsregierung hat den Prozess zu Beginn der Planung vor mehr als sieben Jahren massiv torpediert. Jetzt ist es an der Zeit, die Bundesfachplanung und das Planfeststellungsverfahren bei der Festlegung des genauen Trassenverlaufs mit allen Mitteln zu unterstützen, damit die Stromleitungen Süd-Ost-Link und Sued-Link möglichst bald den Betrieb aufnehmen.

Das Verteilnetz ist die zweite Achillesferse der Energiewende. Zahlreiche Erneuerbare-Energien-Projekte stehen in den Startlöchern und können wegen Netzengpässen auf Jahre nicht realisiert werden. Insgesamt gilt es hier den Verteilnetzausbau massiv zu beschleunigen. Zum einen muss den Netzbetreibern ein vorausschauender Netzausbau ermöglicht werden. Zum zweiten müssen über eine Reform der entsprechenden Regularien auf Bundesebene die nötigen Investitionen schneller und volkswirtschaftlich effizienter auf den Weg gebracht werden. Für faire Wettbewerbsbedingungen wollen wir die Netzentgelte bundesweit vereinheitlichen. Und weil der Ausbau des Verteilnetzes eine **öffentliche Infrastrukturaufgabe** ist, wollen wir den Freistaat dazu bringen, über Unternehmensbeteiligungen das Eigenkapital der Netzbetreiber deutlich zu erhöhen.

Wasserstoff gilt manchen als Allheilmittel der Energiewende. Bei der Dekarbonisierung mancher Industriezweige ist das auch tatsächlich der Fall. Überall dort, wo Erneuerbarer Strom nicht direkt eingesetzt werden kann, brauchen wir grünen Wasserstoff. Beispiele hierfür sind die Stahlherstellung, die Ammoniakproduktion oder das chemische Recycling. Weil Wasserstoff in Bayern immer begrenzt sein wird, soll er vorrangig und höchst effizient in diesen Bereichen zum Einsatz kommen. Der Freistaat muss dafür Sorge tragen, dass die hierfür nötige **Wasserstoff-Infrastruktur** aufgebaut wird. Das bringt der Industrie einen echten Vorteil im Gegensatz zur öffentlichkeitswirksamen Eröffnung einer Wasserstofftankstelle, die niemand braucht. Langfristig wird Bayern seinen Wasserstoffbedarf aber nicht aus heimischen Quellen decken können. Wir fordern daher **strategische Kooperationen** mit wind- und sonnenreichen Partnerländern auf Augenhöhe und unter Einhaltung von Menschenrechten und globalem Umwelt- und Naturschutz. Der Mehrwert dieser Kooperation muss für uns zwingend und vorrangig bei der ortsansässigen Bevölkerung liegen. Dafür wollen wir zusammen mit der neuen Bundesregierung eine breite Initiative auf EU-Ebene anstoßen. Bayern kann hier wie keine andere europäische Region als industriestarkes, aber selbst energiearmes Land eine Vorreiterrolle einnehmen. Bei der Bayerischen Vertretung in Brüssel wollen wir ein **Wasserstoff-Kooperations-Zentrum** einrichten. Unsere Wasserstoff-Politik heißt: Vorrang für die Industrie!

Ressourceneffizienz, Recycling und regionale Wertschöpfung

Neben dem Ausbau von Erneuerbaren Energien müssen wir verstärkt auf Ressourceneffizienz, Recycling, Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie setzen: Die Wirtschaft wird dadurch deutlich krisensicherer aufgestellt, da sie unabhängiger von Rohstoffimporten wird und ressourcenschonende Prozesse und Technologien einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten. Durch verbessertes Recycling von veredelten oder genutzten Rohstoffen, Verlängerung von Lebenszyklen rohstoffintensiver Produkte und den Aufbau zirkulärer Wertschöpfungsnetzwerke können wir die bayerische Industrie krisensicherer aufstellen. Wir nennen das Bavarian Mining. Ressourcenschonende Prozesse und Technologien machen die heimische Industrie unabhängiger von Rohstoffimporten und können selbst zum Exportschlager werden. Die Wiederaufbereitung von Produkten und Materialien schafft außerdem lokal gebundene Arbeitsplätze, etwa in High-Tech-Anlagen zum Batterierecycling. Eine Studie der Europäischen Kommission prognostiziert bis zu zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, wenn ambitionierte Maßnahmen zur Steigerung der Ressourcenproduktivität umgesetzt werden.⁷

Wir müssen Unternehmen bei ressourceneffizienten Innovationen unterstützen, z. B. durch Best Practice-Beispiele oder Wettbewerbe. Wir GRÜNE fordern eine **Landesstrategie für Ressourceneffizienz**, um die

Unternehmen hierbei bestmöglich zu begleiten. Ziel einer solchen Landesstrategie ist eine sichere Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen durch eine effizientere Gewinnung von Primärrohstoffen sowie einem höheren Anteil an Sekundärrohstoffen, d.h. durch Recycling gewonnenen Grund- und Werkstoffen. Diese können bei guter Qualität Primärrohstoffe ersetzen. In der Material-, Upcycling- und Recycling-Forschung mit nachwachsenden Rohstoffen und Industrieprodukten heben wir weitere Potenziale. Dafür gründen wir ein **Circular Economy-Center Bayern**, angeschlossen an die bayerische Universitäts- und Hochschullandschaft. Um effiziente industrielle Rohstoffgewinnungsverfahren aus veredelten Industrieprodukten zu etablieren, starten wir ein **Förderprogramm "Bayerische Minen"**. Damit wollen wir einen zusätzlichen Anreiz geben, dass Unternehmen noch mehr Wert auf die Wiedergewinnung aus veredelten und Produkten legen. Beispielsweise aus Elektro-Auto-Batterien oder Fahrzeug- und Maschinenkomponenten – dort schürfen wir die Rohstoffpotenziale von morgen, wie seltene Erden und Metalle. Durch zirkuläre Rohstoffnutzung können wir ein zentrales Geschäftsrisiko ein Stück weit ausschalten: Verfügbarkeit und Zugang zu Ressourcen. Bestandteile einer Landesstrategie sind für uns GRÜNE beispielsweise auch die Einrichtung einer praxisorientierten **Bayerischen Agentur für Kreislaufwirtschaft**, welche Unternehmen und andere Akteure zu diesem Thema vernetzt und berät sowie **Öko-Industrieparks** erprobt, in welchen Unternehmen und Kommunen zusammenwirken, um Ressourcen effizient zu nutzen und Abfall zu reduzieren. Gemeinsam mit der bayerischen Automobil- und Zulieferindustrie wollen wir **Forschungsanstrengungen zum Batterierecycling** verstärken, z. B. durch Batterieforschungslabors zur Rückgewinnung der wertvollen Rohstoffe Lithium, Kobalt, Nickel und Mangan. Ebenso sollen Wiederaufbereitung und Second Life-Szenarien von Automobilbatterien erforscht werden.

Um mit regionalen Ressourcen zeitgemäß umzugehen, muss auch auf Wasser als bayerischer Rohstoff geachtet werden. Als unsere unentbehrliche Lebensgrundlage sind Flüsse, Bäche und Seen, aber auch das Grundwasser wertvolle, sparsam zu verwendende Ressourcen, die es zu schützen und zu bewahren gilt. Wir GRÜNE wollen daher ein Wasserentnahmeentgelt einführen. Dieser **"Wassercent"**, wie ihn bereits viele Bundesländer eingeführt haben, würde dazu dienen, im Sinne einer ökologischen Lenkungswirkung, Anreize zu einer schonenden und effizienten Nutzung der Wasserressourcen zu schaffen. Je nach Höhe des Wassercentes kann mit **Einnahmen von 60 bis 100 Millionen Euro** pro Jahr gerechnet werden, die wiederum in Investitionen in die sozial-ökologische Transformation Bayerns fließen sollen.

Außerdem wollen wir **regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten** stärken. Die Corona-Krise hat verdeutlicht, dass Lieferketten aus Kostengründen international teilweise zu konzentriert und zu abhängig von einzelnen Regionen der Welt sind. Wir brauchen darüber hinaus eine weitergehende **Risikoanalyse** dazu, in welchen Branchen und in welchen Regionen die wirtschaftliche Verflechtung Deutschlands zu konzentriert und damit z.B. bei externen Schocks zu riskant ist. Nach einer Analyse der EU-Kommission sind hauptsächlich energieintensive Industrien (beispielweise mit Blick auf Rohstoffe) und Gesundheitssysteme (etwa wegen pharmazeutischer Wirkstoffe) betroffen. Eine höhere **Diversifizierung der Lieferketten** würde die Widerstandsfähigkeit der Volkswirtschaft in Krisen erhöhen.

Als ein weiterer wichtiger Baustein einer resilienten und nachhaltigen Wirtschaft sind **regionale Lieferketten** hervorzuheben, die nicht nur auf Export, sondern auch auf **Binnenkonsum** setzt. Die EU ist der größte Binnenmarkt der Welt, auch hier müssen unsere Produkte zu Verkaufsschlagern werden. Dann kommt uns die gesamte Wertschöpfung zugute. Wenn Teile für Windkraftanlagen von bayerischen Marktführern ausschließlich für Windräder in China und nicht mehr in Bayern verbaut werden, ist das ein fatales Signal.

Gerade der **materialintensive Bausektor** kann vom kreislaufgerechten Wirtschaften profitieren. Der Freistaat soll gezielt mit **Ausschreibungen der öffentlichen Hand** das nachhaltige Bauen forcieren und hier Vorreiter werden und dazu beitragen, dass ein neuer Markt für recyceltes Material entsteht.

Die Transformation unserer Marktwirtschaft rückt auch ökologisch nachhaltige Informationstechnik in den Fokus. In allen Wirtschaftszweigen ist es daher unerlässlich, perspektivisch den **Energie- und Ressourcenverbrauch bei Herstellung und Betrieb von IT-Produkten** zu reduzieren. Eine Kreislaufwirtschaft ist ebenfalls wichtig, um Elektromüll zu reduzieren und die Langlebigkeit von Produkten zu fördern. Mit dem im Koalitionsvertrag verankerten **Recht auf Reparatur** wird hier ein wichtiger Schritt auf Bundesebene unternommen.

Die sozial-ökologische Transformation eines Unternehmens muss auch bei der Bilanzerstellung erkennbar sein, daher ist die **Gemeinwohlbilanz** ein geeignetes Mittel, um Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit im unternehmerischen Handeln darzustellen und Optimierungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wir GRÜNE wollen, dass die **landeseigenen Betriebe** hier zeitnah vorangehen und so eine Leuchtturmfunktion innehaben. Später wollen wir auch bayerische Unternehmen unterstützen, zusätzlich zu ihrer Finanzbilanz eine Gemeinwohlbilanz zu erstellen.

Fachkräfte für die bayerische Industrie

*Jeder Betrieb, jede Maschine, jede Innovation funktioniert nur gemeinsam mit den Menschen. Die Fachkräftelücke in Deutschland und Bayern ist nicht neu, hat sich aber mit der Corona-Pandemie weiter verschärft. Laut BIHK fehlen der bayerischen Wirtschaft knapp 230.000 Fachkräfte, davon fast 200.000 beruflich Qualifizierte. Bei der aktuellen Konjunkturumfrage sehen 63% der Unternehmen im Fachkräftemangel die größte Herausforderung noch vor dem Thema Energie.⁸ Gleichzeitig sinkt die Zahl der Schulabgänger*innen kontinuierlich. Nach aktuellen Zahlen der Bundesagentur für Arbeit konnten in Bayern über 15.000 Lehrstellen nicht besetzt werden.⁹ Jedes fünfte Kind verlässt die Schule ohne Abschluss. Hinzu kommt, dass sich durch die ökologische und digitale Industrie für Beschäftigte neue Anforderungen ergeben. Es braucht deshalb die bestmögliche Unterstützung durch die Politik, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Wir GRÜNE möchten sowohl mit Sofortmaßnahmen diesem akuten Mangel entgegenzutreten als auch mit langfristigen Ansätzen die Weichen für die Zukunft richtigstellen.*

Zuwanderung ist eine Chance für die bayerische Wirtschaft. Menschen, die nach Deutschland einwandern oder zu uns flüchten, in die Gesellschaft und in Arbeit zu integrieren, wird eine der wichtigsten Investitionen für die Zukunft sein. Die Förderung des Spracherwerbs soll bereits in der Grundschule verstärkt werden, gezielte Weiterbildung und Qualifizierung über Landesprogramme tragen dazu bei, Migrantinnen und Migranten Perspektiven zu eröffnen und den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Die neue Bundesregierung wird dazu vielfältige Maßnahmen ergreifen, u.a. eine Beschleunigung bei der Visavergabe, ein Bleiberecht für gut integrierte Jugendliche nach drei Jahren Aufenthalt bis zum 27. Lebensjahr, mehr Rechtssicherheit für Geduldete in der Ausbildung und ihre Betriebe oder eine Entfristung der Beschäftigungsduldung und realistische und praxistaugliche Anforderungen.

Wir GRÜNE fordern ein **schnelleres und unbürokratisches Verfahren zur staatlichen Anerkennung von Berufs- und Schulabschlüssen aus den EU-Mitgliedsstaaten und dem außereuropäischen Ausland**. Die Anerkennungsstellen bei den Kammern müssen deshalb gestärkt werden. Hierzu gehören insbesondere frühzeitige Informationen und gezielte Ansprache zu den Möglichkeiten der Anerkennung – auch der Arbeitgeber. Die Praxis zeigt auch heute noch, dass nicht alle Anerkennungsstellen über die erforderlichen Kompetenzen zur Bewertung von Abschlüssen verfügen, gerade in den Fällen, wo unterschiedliche Voraussetzungen (Ausbildung / Studium) für die Ausübung eines Berufs gegeben sind. Daher fordern wir GRÜNE **einheitliche Beratungs- und Bewertungsstandards**, die eine kompetente und schnellere Anerkennung ermöglichen.

Bayern muss sich außerdem im **internationalen Wettbewerb** um Fachkräfte besser aufstellen: Um bayerischen Unternehmen und Fachkräften aus dem Ausland den Weg in den bayerischen Arbeitsmarkt

zu erleichtern, wollen wir landesweit Anlaufstellen in jedem Regierungsbezirk – sogenannte „**Welcome Center**“ – schaffen, wo alle Fragen um die Zuwanderung schnell und unbürokratisch beantwortet werden können. Diese „One-Stop-Shops“ sollen Unternehmen beraten und unterstützen bei der Suche nach geeigneten Arbeitskräften im Ausland, bei rechtlichen Belangen und notwendigen Unterlagen für Einreise und Aufenthalt. Für Menschen, die sich für Bayern als ihren neuen Arbeits- und Lebensmittelpunkt entschieden haben, sollen diese „Welcome-Center“ als erste Anlaufstelle bei allen Fragen rund um ihr neues Leben in Bayern dienen. Hier sollen sie Hilfen und Beratung bekommen hinsichtlich aller aufenthalts-relevanten Fragen, bei der Wohnungssuche, bei Kitaplätzen und Schule. Sie sollen den Menschen vermitteln, dass sie willkommen sind, und ihnen dabei helfen, sich in Bayern gut zu integrieren.

Um die Attraktivität von Ausbildungen zu erhöhen und angehende Fachkräfte sofort zu unterstützen, möchten wir GRÜNE ein landesweites verbundübergreifendes **365-Euro-Azubi-Ticket** einführen, so stärken wir die Mobilität von Auszubildenden. Es soll für Auszubildende, Meisterschüler*innen sowie angehende Fachwirt*innen, Fachkaufleute und Betriebswirt*innen erhältlich sein.

Angesichts des großen Bedarfs an qualifizierten Fachkräften müssen wir die **duale Ausbildung** deutlich stärken. Dazu sollen Jugendlichen in jeder Schulart Einblicke in die vielfältigen Ausbildungsberufe gewährt werden. Dafür wollen wir die Angebote zur beruflichen Orientierung weiterentwickeln und ausweiten – besonders an Gymnasien und Realschulen. Wir setzen auf mehr Praxistage und legen dabei explizit einen Fokus auf duale Ausbildungsberufe. Außerdem streben wir **Bildungspartnerschaften zwischen Schule und Wirtschaft** an. Für Weiterbildungen im späteren Berufsleben setzen wir verstärkt auf E-Learning, so dass Zugänge zu Bildungsmodulen auch in abgelegenen ländlichen Räumen vereinfacht werden und auch digitales Arbeiten fest verankert wird. Die **Berufseinstiegsbegleitung** wird mit uns endlich dauerhaft gesichert. So unterstützt der Freistaat Betriebe dabei, mehr Jugendliche zu Fachkräften auszubilden. Auch werden wir die Berufsorientierung – mit Pflichtpraktika, berufspraktischen Inhalten und Beratung für den Weg zur Ausbildung – an allen Schularten ab der 7. Klasse fest verankern. Die Berufsorientierung muss stärker an den individuellen Neigungen und Interessen der Jugendlichen ansetzen und die verschiedenen Berufe für Jugendliche erlebbar machen.

Gleichzeitig müssen wir aber auch die **Berufsschulen und Berufsbildungsstätten flächendeckend modernisieren** und den massiven Investitionsstau abbauen, dafür werden wir im Haushalt die entsprechenden Mittel bereitstellen. Eine wichtige Rolle in der Ausbildung der Nachwuchskräfte für die bayerische Industrie spielen neben der dualen Ausbildung auch die **Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) und die Technischen Hochschulen (TH)**. Sie schaffen die Voraussetzungen dafür, dass wissenschaftliche Erkenntnisse im Rahmen des Studiums vermittelt werden und damit später auch in der freien Wirtschaft genutzt werden können. Sie sind der Schlüssel für die Zukunft der Industrie, weil sie angewandte Forschung und Lehre miteinander verbinden. Leider bleiben die Hochschulen oft unter ihren Möglichkeiten, da das notwendige wissenschaftliche Personal ebenso wie die zeitlichen Kapazitäten fehlen, um angewandte Forschung betreiben zu können. Wir unterstützen daher die Forderung der Hochschullehrer*innen der HAWen und THen, mehr Zeit in Forschung investieren zu können, und wollen ihnen Personalmittel für den Aufbau eines wissenschaftlichen Mittelbaus zukommen lassen. Forschungsstarken Fachbereichen der HAWen und THen wollen wir das Promotionsrecht verleihen. So können HAWen und THen ihre **Industriekooperationen ausbauen und angewandte Industriepromotionen fördern**. So werden unsere Hochschulen im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähiger als Ausbildungsstätten, aber auch, was die Gewinnung qualifizierten Personals angeht. Mit diesen Maßnahmen stellen wir außerdem sicher, dass im Hochschulstudium die aktuellen Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung vermittelt werden können. Durch ihre Weiterbildungsangebote leisten die bayerischen Hochschulen einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen und zur Weiterqualifizierung der bayerischen Industrie für die ökologische Transformation.

Mit staatlicher Unterstützung können die Arbeitnehmer*innen und die Unternehmen auf einen nachhaltigen Strukturwandel vorbereitet werden – dafür müssen wir insbesondere in Weiterbildung und -Qualifizierung investieren. Dies möchten wir GRÜNE bei Arbeitnehmer*innen durch ein **Weiterbildungs-Bafög** und von Arbeitslosen durch ein Weiterbildungsgeld absichern. Wir wollen dazu **pro Landkreis mindestens eine regionale Bildungsagentur** als zentrale Anlaufstelle vor Ort bei den Standorten der Bundesagentur für Arbeit schaffen – und damit staatliche Förderung und Beratung aus einer Hand sicherstellen. Die Beratung zur Weiterbildung soll allen Arbeitnehmer*innen und Unternehmer*innen offenstehen. Damit sich Arbeitnehmer*innen auch weiterbilden, ohne Angst haben zu müssen, in die sogenannte Teilzeitfalle zu gelangen, wollen wir **Weiterbildung in Teilzeit** ermöglichen und in einem Bildungszeitgesetz einen Freistellungsanspruch mit festem Rückkehrrecht auf die bisherige Wochenarbeitszeit gesetzlich garantieren. Somit kann jede*r Arbeitnehmer*in sich unbeschwert weiterbilden.

Wir brauchen dafür allem voran endlich ein **Recht auf Weiterbildung in Bayern – d.h. ein Gesetz für fünf Tage Bildungsfreistellung pro Jahr (sog. Bildungsurlaub)**. Bayern ist neben Sachsen das einzige Bundesland, das dieses Gesetz auf Landesebene noch nicht vorweisen kann. Wichtig ist insbesondere für Beschäftigte, deren Betriebe aufgrund von sich ändernden Geschäftsmodellen vor der Transformation stehen, dass das Chancenqualifizierungsgesetz auf Bundesebene, das eine Weiterbildung im Rahmen des Arbeitsverhältnisses fördert, auch tatsächlich genutzt werden kann.

Wir als Gesellschaft müssen uns endlich von der Idee verabschieden, dass es typische Berufe für Frauen und Männer gibt. Geschlechterstereotypen und (veraltete) Rollenerwartungen können die Optionen, die Berufsanfänger*innen für sich sehen, deutlich einschränken. Das betrifft bei weitem nicht nur Menschen unterschiedlichen Geschlechts, auch unterschiedliche familiäre Herkunft kann mit stereotypen Vorstellungen von geeigneten und ungeeigneten Betätigungsfeldern verbunden sein. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Menschen selbstbestimmt und unabhängig von Geschlechterrollen und anderen Stereotypen ihre Berufswahl treffen können. Kinder und Jugendliche sollen deshalb eine frühzeitige, **genderechte und gendersensible Berufsorientierung** erhalten. Wir sind überzeugt, so können mittel- bis langfristig auch **mehr weibliche Arbeitnehmer*innen für eine Beschäftigung in der Industrie** gewonnen werden und ihr Anteil von derzeit nur 14 Prozent angehoben werden. Ihre Perspektiven bereichern die sozial-ökologische Transformation der Industrie. Um die Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen zu steigern, die vielfach aufgrund von häuslicher Care-Arbeit für Kinder oder zu pflegende Angehörige in Teilzeit arbeiten, muss außerdem die **soziale Infrastruktur** ausgebaut werden. Es braucht daher in Bayern ausreichend Plätze in Kitas und z.B. in der Kurzzeitpflege und hierfür allem voran mehr qualifiziertes Personal.

Digitale Infrastruktur für die Industrie

Ein schneller Zugang zum Internet und zuverlässiger Mobilfunk sind unverzichtbar für den Dienstleistungs- und Hightech-Standort Bayern. Nur so können morgen neue Geschäftsmodelle entstehen, die heute noch Zukunftsmusik sind. Nur mit Glasfaser, 5G und 6G können Betriebe wie Beschäftigte im ländlichen Raum gleichwertig wirtschaften.

Schnelles Internet kann Geschäfts- und Arbeitsmodelle ermöglichen. Wo schnelles Internet fehlt, bleiben Chancen ungenutzt. Auch wenn Bayern ein finanziell gut ausgestattetes Förderprogramm für den Breitbandausbau (250 Mio. €/Jahr) hat, das allerdings erst seit der letzten Reform 2019 ausschließlich auf Glasfaser setzt, erfolgt der weitaus größte Teil des Ausbaus des Glasfasernetzes eigenwirtschaftlich durch die Telekommunikationsanbieter. Allein im letzten Jahr wurden laut BREKO bundesweit 10,5 Mrd. € in FTTB/H-Netze investiert. Für die nächsten fünf Jahre stehen nach einer BREKO-Prognose mindestens 43 Mrd. € für den eigenwirtschaftlichen Ausbau zur Verfügung. Zwar ist die sog. Take-Off-Rate, d.h. der Anteil

der Endverbraucher, die auch einen Glasfaseranschluss buchen, gestiegen, aber sie liegt immer noch unter 50%. Zu geringe Take-Off-Raten führen dazu, dass Ausbauprojekte aufgrund fehlender Wirtschaftlichkeit eigenwirtschaftlich nicht realisiert werden. Um die Bereitschaft für einen Anschluss zu erhöhen und damit dafür zu sorgen, dass Bayern möglichst schnell möglichst flächendeckend mit Glasfaser versorgt ist, wollen wir auch auf der Nachfrageseite aktiv werden und mit einer **Glasfaser-Prämie oder einem Glasfaser-Voucher** in Höhe von 500 € einen zusätzlichen Anreiz schaffen. Denkbar sind z.B. Zuschüsse für die Verlegung der Leitung von der Straße ins Gebäude oder Zuschüsse für den Abschluss eines Vertrages, wodurch die monatlichen Kosten gesenkt werden.

Zu einer robusten digitalen Infrastruktur gehören leistungsfähige Rechenzentren. Diese benötigen zur Speicherung und Verarbeitung von Daten sowie für ihre Kühlung immer mehr Energie. Deshalb sollen Rechenzentren in Bayern zu 100% mit Erneuerbaren Energien betrieben werden und, wo möglich, die benötigte Energie selbst erzeugen – ab 2027 sollen neue Rechenzentren klimaneutral betrieben werden. Wir GRÜNE wollen ein Kataster von Rechenzentren der öffentlichen Hand einführen inklusive Vorgaben, diese nachhaltig zu betreiben und auszubauen. Bis 2025 sollen öffentliche Rechenzentren ein Umweltmanagementsystem nach EMAS (Eco Management and Audit Scheme) einführen. Im unternehmerischen Bereich braucht es entsprechende Fördermechanismen sowohl bei der Modernisierung von bereits bestehenden Rechenzentren als auch bei Neubauten. In fast allen Industriebetrieben werden Daten erzeugt sowie gesammelt – der gezielte Einsatz dieser Daten kann gerade im industriellen Bereich zu Effizienzsteigerungen, neuen Geschäftsmodellen und Innovationen führen. Wir fördern die Steigerung der Datenkompetenz von Beschäftigten und eine Infrastruktur für regionales Datenmanagement – vor allem kleine und mittelgroße Industriebetriebe brauchen hier Unterstützung. Damit Unternehmen niedrigschwellig und selbstbestimmt Daten mit anderen Marktteilnehmenden teilen können, wollen wir GRÜNE die Möglichkeiten des kooperativen Datenteilens über **Datentreuhandmodelle, Datenzugangsrechte oder dezentrale Datenpools** schaffen. Auch der Freistaat verfügt über enorme Datenreserven, die noch großes Potenzial bergen. Deshalb brauchen wir eine **Open-Data-Strategie für Bayern**, in der festgelegt ist, wie der Staat mit der eigenen Bereitstellung von offenen Daten vorangeht, und Anreize für Unternehmen und Kommunen schafft. Dabei kann er sich an den Modellen von London, Barcelona, Amsterdam oder Darmstadt orientieren. Mit Blick auf Cloud-Technologien setzen wir auf bundesweite und europäische Zusammenarbeit, um eigene **Open-Source-Clouds**, also lizenzfreie Clouds, aufzubauen.

Durch die fortschreitende Digitalisierung und die geopolitische Situation im Industriebereich wächst der Stellenwert der **Cybersicherheit**. Dafür braucht es personell und ressourcenmäßig gut ausgestattete Sicherheitsbehörden. Cyberkriminalität nimmt stetig zu, verursacht enormen wirtschaftlichen Schaden und stellt dabei alle Betriebe vor große Herausforderungen. Wir wollen zusammen mit Industrievertreter*innen dafür sorgen, dass breitflächig für **IT-Sicherheits-Strategien sowie Notfallpläne** in den eigenen Arbeitsabläufen sensibilisiert wird und hierfür ein Kompetenzaufbau erfolgt. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) brauchen hier mehr Unterstützung. Zudem wollen wir **niedrigschwellige Meldewege** für illegale Aktivitäten und Online-Strafanzeigen ermöglichen.

Ein großes Hemmnis für den schnellen Ausbau des Mobilfunknetzes sind umfangreiche und langwierige Baugenehmigungsverfahren. Um den Ausbau zu beschleunigen, wollen wir in der **Bayerischen Bauordnung bei der Genehmigungsfreistellung** eine Anhebung der Höchstgrenze für Verfahrensfreiheit beim Bau von Mobilfunkmasten von 10 auf 15 Meter im Innenraum und von 15 auf 20 Meter im Außenraum. Denn Mobilfunkmasten mit 10 Metern Höhe sind für 5G und 6G nicht ausreichend. Um neben der Planungsbeschleunigung schnell eine Verbesserung der Versorgung zu erreichen, wollen wir **Local Roaming** einführen, so dass es auch möglich ist, das Netz eines anderen vor Ort verfügbaren Netzanbieters zu nutzen.

Innovationsprünge für die bayerische Industrie fördern

Bayerns Forschungslandschaft und Innovationskraft ist stark, auch bei zukunftsweisender Grundlagenforschung. Allerdings müssen wir die bayerischen Forschungseinrichtungen und vor allem auch kleine und mittlere Industriebetriebe unterstützen, um diese Innovationen auch tatsächlich in die Praxis zu übersetzen. Zudem wollen wir klimafreundliche Geschäftsmodelle besser fördern sowie grünen Gründungen den Weg ebnen. Denn die sozial-ökologische Transformation unserer Marktwirtschaft kann durch gezielte Weichenstellungen und den nötigen politischen Willen Realität werden.

Im Freistaat Bayern werden jedes Jahr erhebliche Summen in **Forschung und Entwicklung** investiert. Einen Löwenanteil tragen dabei die Unternehmen, beim staatlichen Anteil dieser Forschungsgelder liegt Bayern jedoch unter dem Bundesdurchschnitt. **Wir GRÜNE wollen die F&E-Ausgaben von aktuell 3,41 Prozent auf 4 Prozent des BIP erhöhen**, wie es die bayerische Nachhaltigkeitsstrategie auch vorsieht. Dazu müssen wir vor allem auch die Grundfinanzierung der Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen anheben. In die Forschungsschwerpunkte der **Hightech-Agenda** zu investieren, ist sinnvoll, jedoch ist das Programm zu eng konzipiert. Bayern braucht jedoch Kompetenzen in vielen Bereichen, um als Industriestandort bestehen zu können. Angedockt an die Zukunftsfelder, die die künftige Forschungspolitik im Bund bestimmen sollen, sollte auch der Freistaat seine **Forschungsförderung in Zukunftsthemen ausweiten**, darunter die klimaneutrale Gestaltung der Industrie und die Schaffung sauberer Energien, die Bekämpfung von Klimafolgen und andere gesellschaftlich wichtige Themen wie eine moderne Gesundheitsversorgung und gesellschaftliche Resilienz.

Es ist entscheidend, dass Forschungsergebnisse der Wirtschaft zeitnah zugänglich gemacht werden. Um dies zu gewährleisten, fordern wir ein **Konzept zur Nutzung von Forschungsergebnissen für mittelständische Betriebe und den Aufbau eines bayerischen Kompetenzzentrums für Open Science**. Um darüber hinaus Innovationen aus der Forschung in die Praxis zu bringen, müssen Betriebe, Forschungseinrichtungen und Fachkräfte über eine passende Infrastruktur zusammenkommen. Die Arbeit der bestehenden **Technologie-Transfer-Zentren**, die aktuelle Forschungsergebnisse in die Praxis bringen sollen, werden wir zeitnah evaluieren. Aus einer Evaluierung lässt sich ableiten, in welchen Regionen und für welche Fachbereiche der Transfer von Forschungsarbeiten in die Praxis ausgebaut werden muss. Bislang ungenutzte Patente wollen wir für bayerische Unternehmen nutzbarer machen, indem wir Patentinhaber*innen und Unternehmen zusammenbringen, damit die Erfindungen aus der Wissenschaft nicht ungenutzt bleiben.

Damit die Forschungslandschaft mit den Betrieben der Region besser vernetzt werden, wollen wir eine Kultur der **Gründer*innen** im Umfeld von Bayerns Hochschulen und Forschungseinrichtungen schaffen, in denen eine exzellente Beratung, Vernetzung mit großen Unternehmen, aber auch KMUs verstärkt wird. Dazu werden wir bisherige Förderprogramme weiterentwickeln und mit Blick auf Interdisziplinarität und Unternehmensgründungen ausbauen. Ausgründungen aus den Hochschulen wollen wir fördern, gleichzeitig aber auch den Hochschulen Leitplanken bei eigenen Unternehmensbeteiligungen geben. Es ist nicht Aufgabe der bayerischen Hochschulen, selbst als Marktteilnehmer in Konkurrenz zur Industrie zu agieren. **Wir wollen die Forschungsförderung des Freistaates an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs)** ausrichten, denn die Förderung neuer, nachhaltigkeitsorientierter Forschungsansätze nimmt eine Schlüsselrolle ein, wenn es darum geht die Herausforderungen der Zukunft tatsächlich zu lösen. Die bayerischen Hochschulen müssen auskömmlich finanziert sein, damit sie den Wissenstransfer ihrer Forschung in die Wirtschaft gewährleisten können. Eine besondere Rolle spielen hier die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und die Technischen Hochschulen, deren Aufgabe insbesondere die angewandte Forschung ist, sowie Reallabore.

Gerade größere Industriebetriebe können von Ideen, die in kleinen agilen Teams entstehen, profitieren. Im Rahmen der Clusterförderung der bayerischen Staatsregierung soll deshalb verstärkt auf das Matching von Gründer*innen und etabliertem Unternehmen Wert gelegt werden. Aktuell stehen in Bayern fast 30.000 Unternehmen mit knapp über 500.000 Mitarbeitern vor einem Generationenwechsel. Darunter auch viele Betriebe in der mittelständig geprägten gewerblichen Wirtschaft. Wir nehmen **Unternehmensnachfolger*innen** im weiteren Sinne als Gründer*innen wahr, da sie mit ähnlichen Aufgaben und Herausforderungen konfrontiert sind wie Neugründungen und mit der Nachfolge meist eine Neuaufstellung des Geschäftsmodells einhergeht. Deshalb sollen diese genauso von den Förderprogrammen des Freistaats für Unternehmensgründer*innen wie Coachingprogrammen, Netzwerkarbeit und Gründerpreisen in der Kategorie "Nachfolge" profitieren können. Denn Betriebe unter neuer Führung und Neugründungen sorgen für frischen Wettbewerb in seiner kostbarsten Form: Wettbewerb um die besten Ideen. Daher sorgen wir auch mit gezielter Förderung dafür, dass Gründen in Bayern attraktiv ist.

Katharina Schulze, MdL | Fraktionsvorsitzende, Innenpolitische Sprecherin
Eva Lettenbauer, MdL | Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik, Frauen und Jugend
Stephanie Schuhknecht, MdL | Sprecherin für Start-Ups und Gründer*innen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag, 5.4.2022
Maximilianeum
81627 München

Quellen:

- 1 Forum New Economy: "Öffentliche Finanzbedarfe für Klimainvestitionen im Zeitraum 2021 2030", Working Paper 03/2021. URL: <https://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/oeffentliche-finanzbedarfe-fuer-klimainvestitionen-2021-2030/>, S. 9.
- 2 Der prozentuale Anteil Bayerns an der an der Wirtschaftsleistung Deutschlands liegt bei 18,3 Prozent (2020). Es ist davon auszugehen, dass die Kosten für die Transformation sich entsprechend dieses Anteils niederschlagen (18,3 Prozent von 170 Mrd. EUR = 31 Mrd. EUR)
- 3 Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI): "Klimapfade 2.0 – Ein Wirtschaftsprogramm für Klima und Zukunft"; URL: <https://bdi.eu/publikation/news/klimapfade-2-0-handlungsempfehlungen-zur-studie/>, S. 9.
- 4 Forum New Economy: "Öffentliche Finanzbedarfe für Klimainvestitionen im Zeitraum 2021 2030", Working Paper 03/2021. URL: <https://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/oeffentliche-finanzbedarfe-fuer-klimainvestitionen-2021-2030/>, S. 10.
- 5 Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw): "Standort Bayern – Unternehmerperspektiven 2021"
- 6 BIHK Konjunkturbericht: "Engpässe bremsen Erholung." Herbst 2021. URL: <https://www.ihk-regensburg.de/blueprint/servlet/resource/blob/4447184/ef3400065bcd33f1e0b3090ad4a1d55f/bihk-konjunkturbericht-fruehjahr-2019-data.pdf>
- 7 Europäische Kommission: „Den Kreislauf schließen – Ein Aktionsplan der EU für die Kreislaufwirtschaft“. URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52015DC0614&from=EN>
- 8 BIHK Konjunkturbericht: "Engpässe bremsen Erholung." Herbst 2021. URL: <https://www.ihk-regensburg.de/blueprint/servlet/resource/blob/4447184/ef3400065bcd33f1e0b3090ad4a1d55f/bihk-konjunkturbericht-fruehjahr-2019-data.pdf>
- 9 Bayerischer Rundfunk: "Deutlich weniger Auszubildende in Bayern"; URL: <https://www.br.de/nachrichten/wirtschaft/deutlich-weniger-auszubildende-in-bayern,Sn8ffbV>
- 10 Industriebericht Bayern 2021: https://www.stmwi.bayern.de/fileadmin/user_upload/stmwi/Publikationen/2021/2021-08-18_industriebericht_2021_BF.pdf

KONTAKT

Stand: 5.4.2022



Katharina Schulze, MdL

Fraktionsvorsitzende
Innenpolitische Sprecherin

Tel. 089 4126-2773

katharina.schulze@gruene-fraktion-bayern.de



Eva Lettenbauer, MdL

Sprecherin für Arbeitsmarktpolitik, Frauen und Jugend

Tel. 089 4126-2733

eva.lettenbauer@gruene-fraktion-bayern.de



Stephanie Schuhknecht, MdL

Sprecherin für Start-Ups und Gründer*innen

Tel. 089 4126-2910

stephanie.schuhknecht@gruene-fraktion-bayern.de

